

Florian Post, MdB  
 Claudia Tausend, MdB  
 Für UNS in Berlin



**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

in den ersten zwei Sitzungswochen des Jahres 2017 ist bereits vieles passiert: Sigmar Gabriel verzichtet darauf, in der kommenden Bundestagswahl als Kanzlerkandidat anzutreten und hat stattdessen für das Amt des Parteivorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und des **Kanzlerkandidaten Martin Schulz** vorgeschlagen! Es geht ein Ruck durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land; seitdem bekannt wurde, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat wird, können wir viele Neueintritte in die SPD verzeichnen.

Wir gratulieren unserem **neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier**, der bereits viel Zuspruch erhält. Selbst Kanzlerin Angela Merkel äußerte sich zuversichtlich - Steinmeier werde ein hervorragender Bundespräsident "in schwierigen Zeiten" sein. Viel Spass bei der Lektüre des Newsletters,

Ihr Florian Post und Ihre Claudia Tausend

## NEWS TICKER

- **Steigende Umfragewerte:** Martin Schulz ist Kanzlerkandidat der SPD
- **Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin:** SPD-Bundestagsfraktion fasst wichtige Beschlüsse
- **Roman Herzog:** Trauer um den ehemaligen Bundespräsidenten
- **Dreikönigstreffen in München:** Münchner SPD startet in Bundestagswahljahr

### Für mehr Sicherheit

#### Mehr Personal für die Polizei – Radikalislamistische Moscheen schließen

**Durch die Attentate des Jahres 2016 ist Sicherheit zu einem zentralen Thema geworden.**

Leider sind hier auch Fehler gemacht worden: Wie kann es sein, dass jemand mit 14 Scheinidentitäten bei uns lebt und nur nicht in Abschiebehaft

genommen wird, weil er keinen Ausweis hat? Dabei ist Sicherheit ein ursozialdemokratisches Thema. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit können nur in einer friedfertigen und sicheren Gesellschaft entstehen. Es gibt Gemeinsamkeiten, aber auch

große Unterschiede in den Konzepten. Zentraler Unterschied zur SPD ist, dass CDU/CSU sich ausschließlich auf Gesetzesverschärfungen konzentrieren. Wir Sozialdemokraten/innen wissen: Erst im Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren

Fortsetzung von S.1

Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz entsteht tatsächlich ein höheres Maß an Sicherheit.

Auch die SPD sieht Handlungsbedarf. Wie die Gewerkschaft der Polizei wollen wir unter anderem eine verstärkte Videoüberwachung öffentlicher Räume, die Verhängung von Abschiebehaf für ausreisepflichtige Gefährder bis zu deren endgültiger Ausreise, die Vereinheitlichung aller Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen und schlicht mehr Personal für die Polizei, damit sie nicht

nur spezialisiert und damit meist unsichtbar arbeitet, sondern mehr öffentliche Präsenz zeigen kann. Auch die elektronische Fußfessel für Gefährder ist eine entsprechende Maßnahme.

Der Kampf gegen den islamistischen Terror hat nichts mit Religion zu tun. Es ist ein Kampf gegen die Feinde unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. So wie es in den 70er und 80er Jahren der Kampf gegen die RAF war.

Deshalb gehört beides zu diesem Kampf und schließt sich nicht aus: die Zusammenarbeit mit Moschee-

gemeinden im Rahmen der Präventionsarbeit und die Schließung radikalislamistischer Moscheen, um Null-Toleranz gegen Hasspredigten durchzusetzen (Prävention und Repression).

Last but not least: Während auf Initiative der SPD im Rahmen von Sicherheitspaket I und II im nächsten Jahr fast 2.000 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden, lag augerechnet in Bayern die Zahl der Überstunden bei der Polizei zum 30. Juni 2016 bei über 2 Millionen! Und: Es fehlen 2472 Polizisten/innen, neun Prozent der Stellen sind vakant.

## „Es geht ein Ruck durchs ganze Land!“ – Martin Schulz wird Kanzlerkandidat

**Stehender Applaus in der SPD-Bundestagsfraktion: Die Abgeordneten danken Sigmar Gabriel und zollen Respekt für seine Entscheidung, nicht als Kanzlerkandidat anzutreten. Er war sieben Jahre lang ein ausgezeichnete Parteivorsitzender. Ihm ist zu verdanken, dass die derzeitige Regierung eine so starke sozialdemokratische Prägung trägt.**

Sigmar Gabriels Vorschlag als Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD: Martin Schulz! Im Willy-Brandt-Haus stellte sich der neue Kandidat den begeisterten Genossinnen und Genossen vor und umriss seine Vorstellungen für die Bundestagswahl am 24. September: Die SPD wird stärkste Partei und er Bundeskanzler. „Denn wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht. Dass die Menschen sicher und gut leben können. Dass unsere Kinder eine Perspektive haben. Dass Deutschland ein Stabilitätsfaktor in Europa und in der Welt ist.“ Dafür brauche Deutschland eine starke Sozialdemokratie. Martin Schulz hat klare Vorstellungen, wie dieses Land besser regiert werden

kann. Dazu zählen sichere Jobs und gute Löhne – Grundbedingungen für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Außerdem eine innovative Wirtschaft und eine gerechte Steuerpolitik. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik sollen weiterhin Familien und Kinder stehen. Eine Bundesregierung mit Martin Schulz an der Spitze werde mehr in gute Bildung und in die Sanierung der Schulen – die „Leuchttürme“ unserer Gesellschaft – investieren. „Vieles ist aus dem Lot geraten“, mahnte Schulz. Er versprach für mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden zu sorgen, „indem wir genug Polizei auf die Straße bringen.“ Im Wahlkampf werde es der SPD um bezahlbare Wohnungen für alle gehen, um gesunde Lebensmittel oder auch die Chancen der Digitalisierung. Im Kern gehe es aber darum, die Gesellschaft zusammenhalten. „Der Kitt unserer Gesellschaft sind die Sportvereine, die Nachbarschaftsinitiativen, die Kirchen, die Gewerkschaften und Betriebe und die Bildungsstätten.“ Sie zu unterstützen sei das Gebot der Stunde.

Die SPD führe zusammen, sie spalte nicht. Die Mörder und Terroristen des sogenannten Islamischen Staates „müssen wir mit harter Hand bekämpfen, mit Polizei, den Sicherheitsdiensten und allen Mitteln des Strafrechts, ohne dass wir dabei die Freiheit und Liberalität opfern“, sagte Schulz. „Für Terror gibt es keine Rechtfertigung.“

Auf der anderen Seite bekämpften radikale Nationalisten unsere freie Demokratie. Schulz machte deutlich: „All diesen Rassisten, Extremisten und Populisten sage ich, sagt die gesamte SPD den Kampf an!“

„Es geht ein Ruck durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land.“ Seit bekannt wurde, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD werden soll, reißt die Eintrittswelle in die SPD nicht ab. Bundesweit waren es weit über 1.000 Neueintritte. „Wir wollen diese Aufbruchsstimmung nutzen“, rief er den Genossinnen und Genossen und seinen Unterstützern zu. „Lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen!“

## Rede von Claudia Tausend am 27.1.2017: Parlamentarische Beratung zur Novellierung des Baugesetzbuches in erster Lesung

**In der letzten Sitzungswoche haben wir im Plenum des Deutschen Bundestages in erster Lesung über die Novellierung des Baugesetzbuches beraten. In meiner Rede habe ich nochmals deutlich gemacht, wie dringend unsere Städte und Kommunen darauf warten, dass das Bauen in innenstädtischen Bereichen erleichtert wird, um zügig den dringend benötigten Wohnraum schaffen zu können.**

Bislang hat der Bund den Kommunen bereits mit einer Verdreifachung der Mittel für die Soziale Wohnraumförderung geholfen und erste Erfolge sind erkennbar: die Anzahl der Baugenehmigungen ist in den ersten 10 Monaten des Jahres 2016 mit 340.000 Wohneinheiten, einem Plus von 23 Prozent, bereits deutlich gestiegen.

Nun muss der Bund in einem zweiten Schritt die Rahmenbedingungen für den Bau von Wohnungen verbessern und die Mobilisierung des knappen Baulands erleichtern.

Eine maßgebliche Rolle spielt dabei die Schaffung der neuen Gebietskategorie „Urbane Gebiete“ in der Baunutzungsverordnung. Das „Urbane Gebiet“ soll die Gebietskategorien „Mischgebiet“ und „Allgemeines Wohngebiet“ ergänzen und durch eine flexiblere Handhabung von Wohnen und Gewerbe, Nutzungsvielfalt und Durchmischung in den Quartieren sicherstellen und so die vielfach gewünschte Urbanität des Wohnens herstellen.

Als Bundesgesetzgeber wollen wir den Kommunen die Möglichkeit geben, dort höher und dichter zu bauen, wo es Sinn macht, etwa auf gewerblichen Brachen oder in Umstrukturierungsgebieten mit ihrer Gemengelage, die dann stärker in Richtung Wohnen entwickelt werden könnte. Und zwar in Richtung bezahlbares Wohnen: denn in Gebieten mit „Urbanem Gebiet“ schaffen wir neues Baurecht und wir können dann über städtebauliche Verträge sicherstellen, dass hier nicht nur teures Wohnen, sondern auch sozial orientierter Wohnraum entsteht. Denn, das kann nicht oft genug betont werden,

Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxusgut sein.

Die Innenentwicklung der Städte hat für uns als SPD oberste Priorität. Daneben werden wir auf Wunsch des Koalitionspartners einen neuen Paragraphen 13b in das Baugesetzbuch einführen, der ein beschleunigtes Bauleitplanverfahren für Vorhaben im Außenbereich ermöglichen soll, jedoch nur dort, wo sich Bauvorhaben an zusammenhängende Ortsteile anschließen. Die SPD hat beim beschleunigten Bauverfahren im Außenbereich eine Befristung bis zum 31. Dezember 2019 durchgesetzt.

Schließlich habe ich die Hoffnung auf Bewegung beim Einsatz von passiven Lärmschutzmaßnahmen. Eine Erhöhung der Lärmgrenze um 3 Dezibel im neuen „Urbanen Gebiet“ ist eine Möglichkeit, um Nutzungsvielfalt im Quartier zu erreichen. Aber auch der Einsatz von passiven Lärmschutzmaßnahmen wie dem sogenannten „Hamburger Fenster“, stellen denkbare Lösungsansätze dar, denen wir uns als SPD nicht verschließen sollten.

## Dreikönigstreffen in München Münchner SPD startet in Bundestagswahljahr

**Das Dreikönigstreffen ist traditionell der politische Startschuss ins neue Jahr der Münchner SPD. Im Bundestagswahljahr 2017 war standesgemäß die Generalsekretärin der Bundes-SPD, Katarina Barley, zu Gast.**

Dementsprechend war der große Saal des Hofbräukellers mit weit über 400 Personen überfüllt, von denen einige nur noch Stehplätze bekamen. Die Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete Claudia

Tausend eröffnete die Veranstaltung und begrüßte besonders die zahlreichen Ehrengäste. Danach hielt Oberbürgermeister Dieter Reiter ein fulminantes Grußwort, indem er ein Zwischenfazit seiner ersten Amtszeit zog und die großen kommunalpolitischen Herausforderungen beim Wohnungsbau und dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs thematisierte. Im Anschluss wurden einige langjährige und verdiente Mitglieder

mit der Thomas-Wimmer-Medaille, die höchsten Auszeichnung der Münchner SPD, geehrt. Zum Schluss schwor Katarina Barley in Ihrer Rede die Genossinnen und Genossen auf einen engagierten Bundestagswahlkampf ein und hob die SPD-Erfolge in der Bundesregierung hervor. Die Stimmung im Saal war durchweg gut, die einzelnen Rednerinnen und Redner wurden mit viel Applaus belohnt.

## Wohin bewegt sich Europa?

**Mehr als 80 Gäste kamen zur Veranstaltung mit dem Titel "Wohin bewegt sich Europa?" am 2. Februar in die Kulturetage Messestadt-Riem.** Der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion und örtliche Abgeordnete Markus Rinderspacher begrüßte die Anwesenden und zeigte in seinem Grußwort die enormen Herausforderungen auf, vor denen Europa steht. Die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Claudia Tausend diskutierte anschließend mit der Europaabgeordneten Maria Noichl über die zentralen

europapolitischen Themen von Brexit, über Flüchtlingspolitik, die politische Situation in Frankreich bis zum neuen US-Präsidenten Trump. Selbstverständlich wurde auch über das Top-Thema der vergangenen Tage, die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz, gesprochen. Beide Politikerinnen zeigten sich begeistert, dass mit Martin Schulz ein ausgewiesener Europakenner und Europafreund für die SPD antritt und damit auch gesamteuropäische Themen im Wahlkampf an Bedeutung gewinnen. Nach rund einem Dutzend Fragen aus dem Publikum bedankte sich Markus Rinderspacher am Ende

der zweistündigen Veranstaltung bei den beiden Podiumsgästen und zeigte sich hoch erfreut an dem großen Interesse zu diesem wichtigen Thema.



v.L. Claudia Tausend, Markus Rinderspacher und Maria Noichl bei der Veranstaltung „Wohin bewegt sich Europa?“.

## Zum Tod von Roman Herzog

**Am 10. Januar verstarb Roman Herzog im Alter von 82 Jahren.**

Er war von 1994 bis 1999 der siebte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Zuvor war er für die CDU von 1978 bis 1980 Kultusminister in Rheinland-Pfalz, von 1980 bis 1983 Innenminister in Baden-Württemberg und von 1983 bis 1994 Richter am Bundesverfassungsgericht, ab 1987 dessen Präsident.

Herzog war vor allem einer der bedeutendsten deutschen Staatsrechtler, der übrigens schon damals die politisch Verantwortlichen aller Parteien davor warnte, zu viele politische Streitthemen zur Entscheidung nach Karlsruhe zu schieben. Unter seiner Führung stärkten die

Karlsruher Richter das Demonstrationsrecht, erhöhten den „Trümmerfrauen“ die Renten und verwarfen nach Mauerfall und deutscher Vereinigung eine Totalrevision des Grundgesetzes.

Als Politiker war der Bayer immer ein Freund der klaren Sprache, verbunden mit Humor und Selbstironie, wobei er auch seine eigene Partei nicht schonte. Dies kam bei den Bürger/innen gut an. Auch als Bundespräsident wollte er „keinen Vollzugsgehilfen abgeben“, sondern hatte vor, „unbequem“ zu sein. Sein unumstrittenes Verdienst als Bundespräsident war und ist die Einführung des 27. Januar, des Tags der Befreiung von Auschwitz, als Tag des Gedenkens an die Opfer des

Nationalsozialismus. So wollte er „auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen“ und „jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken“, wie Herzog in seiner Rede 1996 wörtlich sagte.

Seine berühmte „Ruck-Rede“ von 1997 war (nach 15 Jahren Helmut Kohl und entsprechender Stagnation) ein Appell für Erneuerung und für mehr Beweglichkeit aller gesellschaftlichen Akteure, also für Reformen. Dieser verhallte zunächst ungehört. Der damals noch amtierende CDU-Kanzler „fühlte sich nicht angesprochen“, wie der „Cicero“ treffend schrieb. Erst unter Gerhard Schröder, der ein Jahr später an die Regierung kam, wurden dann erste Konsequenzen gezogen.

## Wahlkampfauftakt bei Christian Ude

**Voller Keller bei Christian Ude, in dem Florian Post und ca. 50 Wahlkampfhelferinnen und -helfern im Münchner Norden zusammen kamen.** Besonders erfreulich ist es, dass so viele jüngere, vor allem Neumitglieder, die noch im Juso-Alter sind, anwesend waren. Es war überwältigend! Herzlichen Dank nochmal an Christian Ude für diesen tollen Abend und schon jetzt für die wertvolle Hilfe im bevorstehenden Wahlkampf! Spätestens jetzt sind wir alle hoch motiviert und voller Tatendrang.



So praktizieren wir ab jetzt die Neumitglieder-Betreuung im Münchner Norden! Und alle werden mithelfen, die SPD zu stärken und rechte Gefahren abzuwehren.

## Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion bei Jahresauftakt-Klausurtagung 2017

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat bei ihrer Klausurtagung im Januar 2017 in Berlin drei wichtige Beschlüsse gefasst. In einem ersten Beschluss fordern wir als SPD, Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz zu ziehen.**

Der Rechtsstaat muss den terroristischen Bedrohungen entschlossen entgegentreten. Wir wollen einen starken Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürger durchsetzt. Aber wir sind dagegen, auf die aktuelle Lage ausschließlich mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen zu reagieren. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt deshalb eine Arbeitsgruppe „Öffentliche

Sicherheit und Prävention“ ein, wir wollen eine Offensive gegen den Radikalismus mit mehr Prävention verbinden.

Einen weiteren Beschluss haben wir über mehr Steuergleichheit und gegen Steuerbetrug gefasst. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode Einkommen aus Kapital und Arbeit steuerlich gleichstellen. Dazu wollen wir die Abgeltungssteuer zügig abschaffen. Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche sind nicht allein Straftaten, sondern gravierende Verstöße gegen Steuergerechtigkeit. Daher treten wir unter anderem dafür ein, dass Steuerhinterziehung später verjährt. Wir werden außerdem das

steuerliche Bankgeheimnis abschaffen und eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle einführen. Schließlich hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Beschluss zu angemesseneren Managergehältern und Boni gefasst. Löhne und Gehälter müssen gerecht und nachvollziehbar sein. Dazu braucht es klare Regelungen. Personalabbau und Missmanagement sind keine Leistungen, die mit einem Bonus honoriert werden dürfen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher unter anderem dafür ein, die steuerliche Absetzbarkeit von variablen Vorstands- und Managergehältsbestandteilen auf max. 500.000 Euro pro Jahr zu begrenzen.

# Florian Post

Termine im Januar und Februar



## Neujahrsempfang im Augustiner-Keller

Der Neujahrsempfang im Münchner Augustiner-Keller fand am 23. Januar statt. Geladen hatten Julia Schönfeld-Knor, Diana Stachowitz, Alexander Reissl und Florian Post.



## Wir gratulieren unserem neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Er wurde am 12. Februar 2017 im ersten Wahlgang zum 12. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt – herzlichen Glückwunsch!

## Verleihung des Bundesverdienstkreuzes

Am 12. Januar verlieh Staatsministerin Emilia Müller das Bundesverdienstkreuz - die höchste Auszeichnung der Republik - an verdiente Bürgerinnen und Bürger. Besonders freut Florian Post, dass aus seinem Wahlkreis Dr. med. Susanne Pechel, Gründerin und Vorsitzende der Stiftung Christlicher Entwicklungsdienst (CED), diese hohe Auszeichnung erhalten hat. Der CED baut unter anderem Schulen in den ärmsten Regionen der Welt und sorgt für medizinische Grundversorgung.



# Claudia Tausend

Termine im Januar und Februar



## Bezirksausschuss Berg am Laim

Empfang des Bezirksausschuss Berg am Laim, gemeinsam mit den Stadträtinnen Bettina Messinger und Anne Hübner, BA-Vorsitzendem Robert Kulzer und Dr. Bezirksrat Mike Malm.



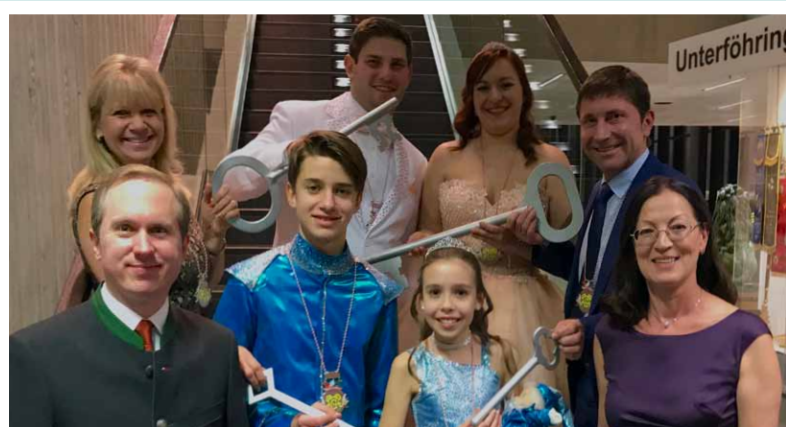
## ASF Oberbayern

Volles Haus und gute Stimmung beim Neujahrsbrunch der ASF Oberbayern. Vielen herzlichen Dank für die tolle Organisation an die Vorsitzende Maria Noichl.



## Ehrung für 25 Jahre

Ehrung des langjährigen Weggefährten Christoph Moosbauer für 25 Jahre SPD-Mitgliedschaft.



## Faschingsgesellschaft Feringa

Inthronisation bei der Faschingsgesellschaft Feringa gemeinsam mit Bezirksrat Dr. Mike Malm.

## Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a  
80796 München

florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38  
Fax: 089 - 18 94 65 39  
facebook.com/bundestag2013  
www.florian-post.de

## Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38  
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58  
Fax: 089 - 44 23 24 80  
facebook.com/tausendmalbesser  
www.claudia-tausend.de

## Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.